

Antragsteller*in: Unterbezirksvorstand der Jusos Region Hannover

Weiterleitung an: Yasmin Fahimi, Caren Marks, Matthias Miersch, Kerstin Tack

Antragstext:

Solidarität kennt keine Grenzen – gegen „Ankerzentren“, für eine humane Asylpolitik

Die Große Koalition ist durch das Mitgliedervotum der SPD zur politischen Tatsache geworden. Als Jusos Region Hannover haben wir uns für ein anderes Ergebnis ausgesprochen. Trotzdem akzeptieren wir die mehrheitliche Entscheidung der SPD-Basis in eine Koalition mit der Union einzutreten. Gerade deshalb jedoch sehen wir es als unsere Aufgabe an, die Politik der neuen Bundesregierung kritisch zu beobachten und die Werte und Ideale der Sozialdemokratie hochzuhalten. Wir wollen verhindern, dass die Politik der Großen Koalition unsere politischen Grundsätze infrage stellt und somit weiter zu einem Profilverlust unserer Mutterpartei beiträgt. Im Sinne dieser kritisch-konstruktiven Aufgabe verfolgen wir die Pläne des Bundesinnenministers mit besonderer Sorge.

Das Bundesministerium des Innern in Händen der CSU

Bundesinnenminister Horst Seehofer betrachtet die Migrationspolitik als einen der drei Schwerpunkte seiner Agenda. Als zentrale Ziele nennt er in der Regierungserklärung im Deutschen Bundestag am 23. März 2018 „die Begrenzung der Zuwanderung“, „konsequentere Abschiebungen“ sowie „keinerlei sozialromantisches Verständnis für Straftäter.“ Damit ist klar: Die Migrationspolitik Horst Seehofers passt sich weiter der AfD-Rhetorik an und stellt Migration in der öffentlichen Diskussion in einen Zusammenhang mit Straftaten und der Überforderung des Staates. Eine einzige positive Darstellung von Migration sucht man in seinen Äußerungen vergeblich.

Das betrifft insbesondere den Umgang mit Geflüchteten. Um Asylbewerber*innen abzuschieben und abzuschrecken, hat der Bundesinnenminister bereits grobe Pläne skizziert.

Die Ankerzentren: Abschreckung als oberstes Ziel der Asylpolitik

Das zentrale Werkzeug, um Zuwanderung zu begrenzen, sind für Horst Seehofer die Ankerzentren, kurz für: Ankunft, Entscheidung, Rückführung. Ankerzentren sind Sammelunterkünfte, in denen Geflüchtete zwangsweise untergebracht werden sollen, bevor über ihren Asylantrag entschieden worden ist. Der Zwang funktioniert über einen besonders perfiden Mechanismus: Zwar würden die Geflüchteten laut Seehofer nicht eingesperrt, ihnen würden aber alle staatlichen Leistungen gestrichen, sobald sie das Lager verließen. Der deutsche Staat tritt also als zynischer Erpresser gegenüber Menschen auf, die gerade erst aus repressiven Staaten geflohen sind. Für die Ankerzentren, die Horst Seehofer am liebsten bundesweit zum Standard erheben möchte, gibt es bereits Vorbilder in jenem Bundesland, das er bis März 2018 regiert hat. Der Freistaat Bayern hat mit dem Transitzentrum Manching und Ingolstadt sehr deutlich gezeigt, welche massiven Probleme die Sammelunterkünfte für Geflüchtete mit sich bringen.

- Menschenunwürdige Lebensbedingungen

In Ankerzentren werden nach aller Wahrscheinlichkeit Lebensbedingungen herrschen, die sowohl den Geflüchteten als auch einem reichen Staat wie der Bundesrepublik unwürdig sind. Die von Seehofer geplanten Lager sollen dem Staat permanenten Zugriff auf die Asylbewerber*innen geben. Dazu will er falls nötig auch die Bundespolizei einsetzen und Mobiltelefone überwachen. In einer solchen Atmosphäre der permanenten Kontrolle, des Misstrauens und der Überwachung kann sich kein Mensch entfalten. Der Wunsch der Geflüchteten, in Deutschland ein Leben in Freiheit führen zu können, wird mit Füßen getreten. Im Transitzentrum Manching ist es beispielsweise nicht einmal möglich, Zimmertüren zu verschließen. Privatsphäre, ein Gut, das uns selbstverständlich erscheint, wird den Geflüchteten völlig genommen.

- Konfliktpotential zwischen den Geflüchteten

Diese menschenunwürdigen Lebensbedingungen, das Zusammenleben auf engstem Raum, der permanente Stress und auch die Präsenz sehr unterschiedlicher Gruppen von Geflüchteten führen nicht nur zu individuellem Leid, sondern auch zu Konflikten zwischen den unfreiwilligen Bewohner*innen der Zentren. Es hat sich bereits gezeigt, dass die zentrale Unterbringung von Geflüchteten zu deutlich höheren Raten an Gewalt-Delikten führt als die dezentrale Unterbringung. In Sammelunterkünften kommt es regelmäßig zu Tumulten und Streitigkeiten. Damit entsteht ein für alle Bewohner*innen, insbesondere für die Schwächsten unter ihnen, belastendes bis traumatisierendes Umfeld. Besonders abstoßend ist: Sobald solche Geschehnisse in die Nachrichten gelangen, werden sie von Rechtspopulist*innen genutzt, um Geflüchtete als gewalttätig darzustellen. Damit liefern sich die Rechtspopulist*innen, zu denen in diesem Kontext auch Horst Seehofer gezählt werden muss, ihre eigene Munition.

- Verhinderung jeglicher Integration

In den Ankerzentren werden die Geflüchteten isoliert. Sie befinden sich in einem Gebäudekomplex, der ihren ganzen Kosmos darstellt, während ihre Asylanträge geprüft werden und in dem alle für sie relevanten Institutionen angesiedelt sein sollen. Zwar verspricht der Bundesinnenminister eine Beschleunigung der Asylverfahren. Die Realität im Transitzentrum Manching zeigt jedoch etwas anderes: Dort verbringen Geflüchtete viele Monate ohne Zugang zu Sprachkursen, ohne nennenswerten Kontakt zu Menschen außerhalb des Lagers, ohne Zugang zu Bildung und Arbeit. Zudem sollen die Ankerzentren vor allem in Gewerbegebieten errichtet werden – also möglichst fern von der Zivilgesellschaft und Möglichkeiten zur Integration. Kostbare Zeit, die genutzt werden kann, um Asylbewerber*innen in Deutschland eine Zukunft und Teilhabe zu ermöglichen, geht in der Perspektivlosigkeit der Ankerzentren verloren. Falls es in Deutschland Parallelgesellschaften gibt, dann sind Horst Seehofers Ankerzentren das treffendste Beispiel dafür.

- Abschiebung und Abschreckung als oberste Ziele der Asylpolitik

Dass das Dasein in Seehofers Ankerzentren perspektiv- und trostlos ist, dass dort keine Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe bestehen, ist kein Konstruktionsfehler, sondern zentrales Element dieses Konzepts. Denn das übergeordnete Ziel von Horst Seehofers Politik ist nicht, Migration konstruktiv zu gestalten. Das Ziel ist

nicht, die Chancen von Einwanderung zu nutzen und auch nicht, sozialen Frieden durch eine inklusive Gesellschaft zu fördern. Das Ziel von Seehofers Asylpolitik ist die Begrenzung der Zuwanderung: Deshalb plant er nicht Zentren für „Ankunft, Entscheidung, Integration“, sondern Zentren für „Ankunft, Entscheidung, Abschiebung“. Die zentrale Unterbringung erlaubt zu jedem Zeitpunkt den Zugriff der Behörden und die Durchführung der Abschiebung. Das ist für das Bundesinnenministerium wichtiger als Integration. Die schlechten Lebensbedingungen wiederum sollen die Migration verhindern, indem sie potentielle Migrant*innen abschrecken. Wenn „Abschreckung“ zum obersten Ziel der Asylpolitik erhoben wird, wird das Schutzversprechen zu einem schlechten Scherz. Die Bundesrepublik Deutschland gibt mit dieser brutalen Haltung gegenüber Menschen, die vor Krieg, Unterdrückung oder Armut geflohen sind, jeden humanitären Anspruch auf.

Unsere Aufgabe als Jusos und SPD

Als Sozialdemokrat*innen und Jungsozialist*innen stehen wir für Solidarität mit allen Menschen. Wir wollen allen Menschen ein Leben in Freiheit und Gleichheit ermöglichen – nicht nur jenen, die zufällig in Deutschland geboren worden sind. Deshalb können wir die Pläne von Bundesinnenminister Horst Seehofer nicht dulden. Wir erwarten von den Bundestagsabgeordneten der SPD aus der Region Hannover, dass sie sich vehement gegen diese Pläne äußern und einsetzen. Eine Regierungskoalition unter Beteiligung der SPD kann nicht für die Einführung der Ankerzentren und der damit verbundenen inhumanen Asylpolitik stehen, ohne den Werten der Sozialdemokratie ihre Glaubwürdigkeit vollends zu nehmen.

Wir fordern von unseren Bundestagsabgeordneten aus der Region Hannover: Steht mit uns ein für eine Asylpolitik der Menschlichkeit und für Solidarität, die keine Grenzen kennt!

Wir fordern: Stimmt gegen die Ankerzentren!